

Deutschland hat Zukunft Umweltpolitik in der 19. Legislaturperiode

Montag, 03. Dezember 2018 um 13:00 Uhr

hbw Haus der Bayerischen Wirtschaft, Europasaal

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

Wirtschaft und Umweltschutz

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Pronold,

sehr geehrter Herr Dr. Bardt,

sehr geehrter Herr Dr. Gilles,

meine Damen und Herren,

herzlich willkommen zu unserem

Deutschland-hat-Zukunft-Kongress!

Thema heute ist die Umweltpolitik in der
laufenden Legislaturperiode.

Umweltschutz ist für die bayerische Wirtschaft
von großer Bedeutung.

- Es liegt im Interesse der Unternehmen,
effizient mit den Ressourcen umzugehen
und nachhaltig zu wirtschaften.
- Umwelttechnologien bringen Innovationen
auf den Weg, von denen der gesamte
Strandort profitiert. Ich nenne hier nur den
Energiebereich mit seinen Speicherlösungen
– das ist eine Schlüsseltechnologie für unser
Land.

- Den Erhalt der Umwelt sehen viele Unternehmen auch als Standortfaktor, etwa im Bereich Tourismus.
- Für viele Unternehmer ist es darüber hinaus ein persönliches Anliegen, die Natur zu bewahren.

Umweltschutz ist wichtig!

Aber eine Wirtschaft, die unseren Wohlstand und unsere Arbeitsplätze sichert, auch!

Umweltpolitik und Wirtschaft können deshalb nur Hand in Hand stattfinden – sie dürfen nicht gegeneinander arbeiten, sondern müssen zusammen betrachtet werden.

Es muss immer darum gehen, einen angemessenen Ausgleich zwischen wirtschaftlichen und ökologischen Interessen zu schaffen.

Leitlinien für eine moderne Umweltschutzpolitik

Das erreichen wir, wenn wir die Umweltpolitik an den folgenden Leitlinien orientieren.

Erstens: Umweltschutz muss bezahlbar sein.

Wir stehen im harten internationalen Wettbewerb – mit etablierten Industrienationen und aufstrebenden Schwellenländern.

Wir dürfen die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft nicht durch überzogene umweltpolitische Vorgaben schwächen!

Viele umweltpolitische Maßnahmen sind für die Unternehmen aber richtig teuer.

Hinzu kommt der bürokratische Aufwand, der besonders für den Mittelstand eine echte Herausforderung darstellt.

In der Umweltpolitik gibt es heute zu viel staatliche Regulierung und Überwachung.

Zweitens: EU-Recht ist Eins zu Eins umzusetzen.

Eine deutsche Vorreiterrolle in der Umweltpolitik zu Lasten der Unternehmen ist weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll.

Wir dürfen hier nicht über das Ziel hinausschießen!

Leider hält sich das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit nicht immer an diesen Grundsatz.

Im Juli hat das Ministerium beispielsweise einen Entwurf zur Änderung der „Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft“ vorgelegt.

Hierbei handelt es sich um einen speziell deutschen Weg, der Investitionen in Produktionsanlagen erschwert und die geltenden Regelungen verschärft.

Das ist aus unserer Sicht

- europapolitisch nicht geboten,
- umweltpolitisch nicht notwendig
- und damit ungerechtfertigt.

Insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen wären die Folgen der geplanten Verschärfungen fatal.

Es käme zu

- hohen zusätzlichen Investitionskosten,
- einem Mehraufwand im Anlagebetrieb,
- und erheblichen Verzögerungen in den Genehmigungsverfahren.

Drittens: Umweltvorschriften müssen sich an der Praxis orientieren.

Ich erläutere das am Beispiel der Automobilindustrie.

Bayern ist heute globale Leitregion der Mobilität – und muss es auch bleiben!

Wir befinden uns derzeit in einem tiefgreifenden Strukturwandel durch

- neue Antriebssysteme,
- neue Nutzungskonzepte wie das Car-Sharing,
- die Entwicklung des automatisierten Fahrens bis hin zum autonomen Fahren sowie
- die digitale Vernetzung der Mobilität.

Wir brauchen in Zukunft alternative Antriebstechnologien wie den Elektromotor.

Wir brauchen aber auch moderne und innovative Verbrennungsmotoren!

Sie spielen mittelfristig noch eine wichtige Rolle – mindestens!

Auch langfristig sollte man die Technologie nicht abschreiben, wenn man zum Beispiel an alternative Kraftstoffe denkt.

Die Unternehmen arbeiten bereits intensiv und erfolgreich an immer emissionsärmeren Fahrzeugen. Wir müssen sie in diesem Wandel unterstützen anstatt ihn künstlich zu beschleunigen.

Entscheidend dabei ist Technologieoffenheit! Quoten und Verbote sind der völlig falsche Weg.

Leider treibt die deutsche Umwelthilfe Diesel-Fahrverbote massiv voran – und das auf Basis von Messergebnissen, die mehr als fragwürdig sind!

Es kann nicht sein, dass die Standorte der deutschen Messstationen nicht den europäischen Standards entsprechen – und daher zu hohe Belastungen gemessen werden!

Die Luft in Deutschland ist so sauber wie noch nie.

Wir begrüßen es, dass die Bayerische Staatsregierung und das Umwelt- und Gesundheitsreferat der Landeshauptstadt

München den Trend nicht mitgemacht und pauschalen Fahrverboten eine Absage erteilt haben!

Viertens: Wir müssen die unternehmerische Eigenverantwortung stärken.

Neue rechtliche umweltpolitische Verpflichtungen sind in den meisten Fällen nicht notwendig.

Sie bringen aber immer neue Lasten mit sich, etwa in Form von

- technischen Nachrüstungen,
- oder Berichts- und Darlegungspflichten.

Dabei bestehen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene schon viele gesetzliche Vorgaben zum Schutz der Umwelt.

Unser Appell an die Bundespolitik ist: Setzen Sie mehr auf das Prinzip der Eigenverantwortung.

Das gilt zum Beispiel mit Blick auf die biologische Vielfalt.

Die vbw unterstützt das Ziel, diese zu schützen und zu fördern.

Stabile Ökosysteme sind auch für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung sehr wichtig.

Vorrang muss hier aber der freiwillige, flexible und kooperative Naturschutz haben.

Fünftens: Regeln und Verfahren zum Umweltschutz müssen zeiteffizient, kostengünstig und rechtssicher sein.

Ein Beispiel ist hier der Umgang mit mineralischen Ersatzbaustoffen, Böden und Abfällen.

Der Entwurf der neuen Mantelverordnung hat die Forderung nach rechtssicheren und bundeseinheitlichen Regeln aufgegriffen. Das ist gut.

Doch es besteht Nachbesserungsbedarf.

So dürfen die neuen Regelungen nicht zu einer Verschiebung der Stoffströme in Richtung Deponie führen.

Es kann nicht sein, dass Böden, die von Natur aus erhöhte Schadstoffe enthalten, in weit

entfernte Verfüllungen oder Deponien gebracht werden müssen.

Wir müssen Entsorgungsengepässen hier dringend vorbeugen und praxisgerechte Lösungen finden!

Meine Damen und Herren,

Bayerische und deutsche Unternehmen sind weltweit Vorreiter für umweltverträgliche Produkte und Produktion.

Umwelttechnik aus Deutschland – und besonders aus Bayern – ist innovativ und trägt maßgeblich zu unserem Wachstum bei.

Die Umwelt profitiert davon.

Das zeigt: Wirtschaftlicher Erfolg und Umweltschutz gehören zusammen!

Eine moderne Umweltpolitik richtet sich deshalb nicht gegen die Wirtschaft.

Eine erfolgreiche Wirtschaft ist die beste Voraussetzung für nachhaltigen Umweltschutz!

Vielen Dank!